

NZZ am Sonntag

Grossbritannien

Boris Johnson könnte zurück an die Macht kommen

Der Radiosender BBC meldete am Samstag, dass Boris Johnson seine Ferien in der Karibik abgebrochen habe und wieder zurück in Grossbritannien sei. Dass dies vermeldet wurde, hat nur einen Grund: Boris Johnson könnte nicht nur zurück im Land sein, sondern bald auch wieder zurück an der Macht. Sie haben richtig gelesen. Der Boris Johnson, der mit Schimpf und Schande vor ein paar Monaten von seiner Partei aus dem Amt befördert wurde. Er war nicht mehr tragbar, seine Lügen, Skandale, Partys während des Lockdowns konnten seine Mitstreiter nicht mehr schönreden. Nun ist er wieder valabel, denn seine Nachfolgerin hat es in wenigen Tagen geschafft, nicht nur das Volk zu empören, sondern die Finanzmärkte und das Pfund auf einen Höllenritt zu schicken. Was sind dagegen ein paar fröhliche Partys an der Downing Street oder Lügen im Unterhaus? Boris wurde doch 2019 fulminant gewählt? Johnson wird nächste Woche vielleicht gegen Rishi Sunak antreten im Kampf ums Premierministeramt. Sein früherer Schatzkanzler hatte Liz Truss vor ihren massiven Steuersenkungen gewarnt. Doch wird das reichen, damit die Tories dem smarten Sunak die Führung des Landes übergeben? Immer, wenn man glaubt, die britische Politik sei an einem Tiefpunkt angelangt, geschieht Unfassbares. Wir sind gespannt. *Gordana Mijuk*

Ballett

Sie sind stärker als Missbrauch und Schweigen

Die Welt des Balletts war lange von einer Mauer des Schweigens umgeben. Hinter den verschlossenen Türen der Probebühnen erlebten Tänzerinnen und Tänzer Drill, oft gar Demütigung und Missbrauch. All das auszuhalten, ohne aufzubegehren, schien zu den Regeln des Systems Ballett zu gehören. Mit derselben Disziplin, mit der man die Muskeln und Sehnen dehnte - ungeachtet der Schmerzen -, dehnte man auch die eigene Leidenfähigkeit. So wurde es angehenden Ballerinen von Kind an eingetrichtert, und so gaben sie es an die nächste Generation weiter. Denn das Ballett lebt von seiner langen Tradition. Nachdem Machtmissbrauch in vielen gesellschaftlichen Bereichen, etwa in der Filmbranche oder im Sport, publik geworden ist, wächst auch im Ballett die Zahl der Betroffenen, die es wagen, öffentlich über Missbrauch zu sprechen. Vielleicht weil sie mithilfe von sozialen Netzwerken und Chats ihre individuellen Erfahrungen über die Kontinente und Jahrzehnte hinweg mit anderen Betroffenen teilen und sich als Gruppe verbünden können. Und im Schutz der Gruppe sind sie stärker als die Tradition. Das ist gut so. Es wird Zeit, dass das Schweigen im Ballett nur noch während der Vorstellung herrscht. *Anna Kardos*

Credit Suisse

Mehr Kapital, weniger Hybris

Die Credit Suisse hat die Wahl zwischen Pest und Cholera: Sie kann die Aktionäre um neues Geld anpumpen oder kapitalkräftige Investoren aus Erdölländern an Bord holen. Auch eine Kombination ist möglich. Ebenso dringend wie frisches Kapital benötigt die CS aber ein neues Selbstbild. Dass sie ohne Staatshilfe durch die Finanzkrise kamen, nahmen die Verantwortlichen zum Anlass, sich von der Realität abzukoppeln. Die Pleiten der letzten Jahre taten sie als Einmaleffekte, Altlasten und dumme Zufälle ab. Am Hauptsitz am Paradeplatz regierte eine groteske Selbstüberschätzung. Nun ist das Kartenhaus zusammengebrochen. Die Bank kämpft ums Überleben. Für den Wiederaufbau braucht sie vor allem etwas: Bescheidenheit. *Guido Schätti*

Chappatte



Der externe Standpunkt

So wird unsere Klimapolitik scheitern. Es braucht bessere Lösungen

Die Schweizer Klimapolitik ist aufwendig, aber nutzlos. Dabei könnten wir zu einem Vorbild werden. Das Zauberwort heisst: Kostenwahrheit, schreiben Reiner Eichenberger und David Stadelmann

Viele Schweizer Politiker wollen, dass die Menschheit bis 2050 klimaneutral lebt. «Netto-Null-Emissionen» nennen sie dieses Ziel, und sie planen dafür ausufernde Regulierungen und Subventionen. Dumm nur: Diese Politik wird scheitern:

1. Wer sich klimaneutral verhält, hat hohe Kosten, aber kaum Nutzen, weil sich dieser weltweit verteilt. Klimaschutz lohnt sich nur, wenn die meisten Länder mitziehen.
2. Die Emissionen zu reduzieren, bringt sofort Kosten, wohingegen der Nutzen wegen der Trägheit des Klimas erst ab etwa 2040 anfällt. Bekanntlich lieben es Politiker umgekehrt, also den Nutzen sofort und die Kosten in ferner Zukunft. Ihre Forderung nach Klimaneutralität ist deshalb ebenso bemerkenswert wie verdächtig.
3. Dagegen kann man einwenden, «die Weltgemeinschaft» habe sich in internationalen Verträgen für Klimaneutralität entschieden. Doch diese Weltgemeinschaft besteht grossenteils aus wenig demokratischen Regierungen, die das Wohl ihrer eigenen Bürger wenig interessiert. Dass sie nun das zukünftige Wohl der Menschheit anvisieren, ist unglaubwürdig.
4. Das Wissen über den Klimawandel wächst schnell. Damit wird auch immer klarer, wo seine Auswirkungen stark oder schwach sein werden und wer sich ihnen besser oder schlechter anpassen kann. Die Kooperationsbereitschaft der wenig Belasteten dürfte abnehmen.
5. Wenn der Westen weniger fossile Energieträger verbraucht, fallen deren Weltmarktpreise. Das hält andere Länder davon ab, den Einsatz fossiler Energien zu reduzieren. CO₂-intensive Produktionsprozesse werden dorthin verlagert.
6. Die heutige Politik setzt vor allem auf Sonnen- und Windenergie. Doch diese sind flatterhaft, was die Nachfrage nach Langzeitspeicherung etwa mit Pumpspeicherseen stark wachsen lassen wird. Doch die Kapazitäten dafür sind begrenzt, weshalb

die Speicher- und so die Strompreise explodieren werden.

7. Gemäss dem Stand der Wissenschaft werden die Schäden des Klimawandels ohne strengen Klimaschutz in absoluten Zahlen bis 2100 riesig. Doch in Beziehung zum Bruttoinlandprodukt betragen sie bloss 2 bis 6 Prozent und verblassen damit im Vergleich neben all den anderen Entwicklungen bis 2100. So wird der Wohlstand in reichen Ländern voraussichtlich um wenigstens 80 Prozent und in erfolgreichen Entwicklungsländern über 2000 Prozent wachsen.

8. Die Klimaschäden können durch öffentliche und private Anpassungsmassnahmen weiter gemindert werden, etwa mit Begrünung in Städten, dem Bau von Deichen, der Wohnortwahl und einfachen Apparaten, Stichwort Klimaanlage. Mit der Anpassung sinkt das Interesse an Klimaneutralität.

9. Zunehmend wird über Möglichkeiten spekuliert, den Treibhauseffekt technisch zu reduzieren, etwa der Luft CO₂ zu entziehen

oder die Lichtreflexion durch Wolkenbildung zu erhöhen. In Erwartung solcher Technologien können Politiker «Netto-Null» predigen, ohne heute Emissionen ernsthaft zu senken.

10. Klimawandel ist ein Fakt und Klimaangst ein Gefühl. Wer weiss, dass die Temperaturen in der Schweiz und anderen europäischen Ländern seit 1850 um über zwei Grad gestiegen sind, hat weniger Klimaangst.

Nun meinen viele Politiker, die Netto-Null-Strategie werde zwar teurer als erwartet, aber die Schweiz könne sie finanziell stemmen. Doch damit wird Netto-Null global unerreichtbar: Kaum ein anderes Land der Welt wird finanziell mitziehen können.

Was also kann die Schweiz tun, das weltweit funktioniert? Die richtige Klimapolitik heisst: Kostenwahrheit. Sie besagt, dass die zukünftigen Schäden wissenschaftlich geschätzt und den heutigen Verursachern über einen Preis in Rechnung gestellt werden. Dazu dient eine allgemeine, ausnahmslose Steuer auf Klimagasemissionen. Nach den nobelpreisgekrönten Arbeiten von William Nordhaus sollte sie heute bei 40 bis 50 Franken pro Tonne CO₂ liegen und über die Zeit moderat steigen.

Diese Politik wirkt, indem sie die richtigen Anreize zu Einsparung und Ersatz fossiler Energien sowie zur technischen Entwicklung setzt. Damit können und sollten die Subventionen für alternative Energieträger gestrichen sowie viele Regulierungen der Energieverwendung aufgehoben werden. Sinnvoll sind nur noch Subventionen für die Grundlagenforschung zu neuen, besseren Energien. Das Abgabebefehl muss an die Bürger zurückgegeben werden, indem diejenigen Steuern gesenkt werden, die volkswirtschaftlich besonders schädlich sind.

Auch Kostenwahrheit löst das Klimaproblem nur dann, wenn die anderen Länder mitziehen. Anders als für die heutige Klimapolitik gibt es aber dafür eine realistische Chance, denn Kostenwahrheit ist zugleich günstiger und wirkungsvoller. Deshalb sollte die Schweiz hier als Vorbild vorangehen.

Reiner Eichenberger und David Stadelmann



R. Eichenberger



D. Stadelmann

Reiner Eichenberger, 61, ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Uni Freiburg und Forschungsdirektor von Crema (Center for Research in Economics, Management and the Arts).

David Stadelmann, 40, ist Professor für Volkswirtschaft an der Uni Bayreuth sowie Forschungsmittglied bei Crema.